

Neues aus den Brüsseler Think Tanks

September 2012

Schuldenkrise, Eurorettungsschirm, Syrienkonflikt: Auch während der Sommerpause kam die Europäische Union nicht zur Ruhe.

Aufmerksam verfolgt und fachkundig kommentiert wurde das Geschehen auch von den verschiedenen in Brüssel ansässigen Forschungsinstituten. Der Schwerpunkt der Berichterstattung lag dabei auf folgenden Themen:

Bankenaufsicht: Erster Schritt zur Bankenunion

Heftig diskutiert wird derzeit die Schaffung einer Bankenaufsicht unter dem Dach der Europäischen Zentralbank. Auch Publikationen und Veranstaltungen verschiedener Brüsseler Ideenschmieden behandeln das Thema. Grundsätzlich beurteilen die Think Tanks eine Bankenaufsicht positiv, jedoch wird die Dringlichkeit und Realisierbarkeit unterschiedlich eingeschätzt.

Karel Lannoo, CEO und Senior Research Fellow des Centre for European Policy Studies (CEPS), ist der Meinung, dass eine Bankenaufsicht dringend notwendig ist. Die Eurokrise biete die Gelegenheit, endlich ein einheitliches und effektives Überwachungssystem einzurichten. Die EZB solle daher so schnell wie möglich das Recht zur Beaufsichtigung anderer Banken erhalten, auch wenn der Charakter der EZB als politisch unabhängige Behörde

Anpassungsmaßnahmen erforderlich mache.

BRUEGEL ist grundsätzlich der Ansicht, dass die Eurokrise die Schwächen der Währungsunion verdeutlicht hat und die Schaffung einer europäischen Bankenaufsicht dazu beitragen könnte, die Eurozone zukünftig zu stabilisieren. Jedoch wird davor gewarnt, dass die Bildung einer Bankenunion ein signifikanter Schritt ist und neben finanziellen auch große politische Auswirkungen mit sich bringt. Deshalb sei es wichtig, dass eine Bankenunion mit viel Bedacht und Sorgfalt entwickelt werde. Falls man sich zu solch einem Schritt entschließe, solle schnell und konkret gehandelt werden.

Laut Philip Whyte vom Center for European Reform (CER) könnte eine europaweite Bankenaufsicht an dem Willen der EU-Mitgliedstaaten scheitern. Die Frage sei, in wieweit die europäischen Länder dazu bereit sind, nationale Souveränität zu Gunsten höherer finanzieller und politischer Integration aufzugeben. Außerdem müsse bedacht werden, dass eine einheitliche Aufsicht nicht ausreichend sei um die Beziehung zwischen Staaten und Banken in der Eurozone vollends zu stabilisieren.

Auch Josef Janning vom European Policy Centre (EPC) sieht eine Bankenunion als ersten Schritt in Richtung einer politischen Union. Auf

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK
KATHARINA BOLLIG
MARTIN AGETHEN

September 2012

dem Weg zu mehr politischer Integration stünden der EU fundamentale Veränderungen bevor. Dazu müssten jedoch alle Staaten Bereitschaft zeigen, mehr Souveränität an die supranationale Ebene abzugeben. Dieser Prozess müsse zudem in allen Ländern parallel verlaufen, da sonst die Gefahr einer Spaltung der EU bestehe. Janing fordert eine rasche Einigung über die langfristige Ausgestaltung der EU: die Ungewissheit über die Zukunft der Eurozone und des Euros habe sich bereits negativ auf die mittel- und kurzfristige Politik ausgewirkt.

Zum Thema „Politische Union“ lesen Sie auch den folgenden Beitrag „Griechenland: Menetekel für den Euroraum“.

BRUEGEL (25.06.2012): What kind of European Banking Union?

<http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/731-what-kind-of-european-banking-union/>

CEPS (30.08.2012): The Roadmap to Banking Union. A call for consistency.

<http://www.ceps.be/book/roadmap-banking-union-call-consistency>

CEPS (12.06.2012): Banking Union in three steps.

www.ceps.be/ceps/download/7042

CER (27.07.2012): A banking union – it is necessary, but is it likely?

<http://www.cer.org.uk/publications/archive/bulletin-article/2012/banking-union---it-is-necessary-it-likely>

EPC (24.07.2012): Political Union: Europe's defining moment.

http://www.epc.eu/pub_details.php?cat_id=3&pub_id=2838

Griechenland: Menetekel für den Euroraum

In Deutschland mehren sich die Forderungen nach einem Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone. Auch die Brüsseler Think-Tank-Landschaft bleibt von der Diskussion nicht unberührt. Die Mehrzahl steht einem so genannten „Grexit“ allerdings skeptisch gegenüber. Ein Ausscheiden Athens aus dem Euro ist für die meisten Autoren keine Option. Vielmehr müsste die Schaffung einer echten Wirtschafts- und Währungsunion vorangetrieben und weitere Politikbereiche vergemeinschaftet werden, um das Überleben der Gemeinschaftswährung zu sichern. Das Centre for European Policy Studies (CEPS) hat die konkreten Folgen eines griechischen Austritts berechnet. Eine Rückkehr zur Drachme würde demnach eine Halbierung des griechischen BIP zur Folge haben. Auch die Einnahmen der griechischen Regierung würden von derzeit 85 Milliarden Euro auf rund 40 Milliarden Euro sinken, weswegen sie ihre Verbindlichkeiten von über 300 Milliarden Euro gegenüber den ausländischen Kreditgebern nicht mehr zurückzahlen könnte. Die Hilfszahlungen wären also umsonst geflossen. Auf lange Sicht könne eine Rückkehr zur Drachme jedoch zur Stabilisierung des BIP auf dem alten Niveau und zur Steigerung der Exportkapazitäten von heute 52 Milliarden Euro auf 100 Milliarden Euro innerhalb der nächsten zehn Jahre führen. Ob dies jedoch ausreiche, die Schulden zurückzuzahlen, hänge vor allem von der Entwicklung des Zinsniveaus an den Anleihemärkten ab.

Fabian Zuleeg und Janis A. Emmanouilidis vom European Policy Center (EPC) argumentieren eher politisch-strategisch und warnen ein-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK
KATHARINA BOLLIG
MARTIN AGETHEN

September 2012

dringlich vor dem politischen Erdbeben, welches ein Ausscheiden Athens aus dem Euro zur Folge hätte. Die Kosten eines „Grexit“ seien derart hoch, dass Griechenland letztlich zu einem gescheiterten Staat werden könne, mit verhängnisvollen Folgen für die gesamte südliche Balkanregion. Noch schwerer wiegt für die beiden Autoren, dass auch der europäische Integrationsprozess als solches in Mitleidenschaft gezogen und die Vision eines auf Solidarität und Kooperation basierenden Europas beendet würde. Deutschland habe aufgrund seiner Vergangenheit eine besondere Verantwortung dafür, dass in Zeiten wirtschaftlicher Krisen extremistischen Strömungen nicht Tür und Tor geöffnet werde.

Auch Simon Tilford vom Center for European Reform (CER) sieht Deutschland in einer Schlüsselrolle. Es sei ein Irrglaube, dass die Gemeinschaftswährung ohne Griechenland zwangsläufig stabiler sei. Damit die Eurozone überleben könne, bedürfe es weitgehender institutioneller Reformen: Einer teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden, einer europaweiten Bankenunion sowie eines erweiterten Mandats für die Europäische Zentralbank.

Noch weiter geht Nicolas Véron vom wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitut BRUEGEL, der sich ebenfalls für einen Verbleib Griechenlands in der Eurozone ausspricht. Ein ungeordneter Austritt Griechenlands aus der Währungsunion könnte das schnelle Aus für den Euro bedeuten. Noch sei es jedoch nicht zu spät für die europäischen Regierungen, die Weichen für eine überlebensfähige, nachhaltige und erfolgreiche Wirtschafts- und Währungsunion zu stellen. Der Weg hierzu müsse aber über tiefgreifende institutionelle Reformen führen, an deren Ende

eine Bankenunion, eine Fiskalunion inklusive Euro-Bonds, eine Wettbewerbsunion sowie eine politische Union mit einem gestärkten Europäischen Parlament stehen müssten.

BRUEGEL (16.08.2012): The challenge of Europe's fourfold union.

<http://www.bruegel.org/publications/publication-detail/publication/741-the-challenges-of-europes-fourfold-union/>

CEPS (23.05.2012): 'Grexit': Who would pay for it?

<http://www.ceps.eu/book/%E2%80%98grexit%E2%80%99-who-would-pay-it%E2%80%99-who-would-pay-it>

CER (06.06.2012): Ousting Greece will not bring catharsis.

<http://www.cer.org.uk/in-the-press/ousting-greece-will-not-bring-catharsis>

EPC (27.07.2012): Armageddon – for Greece, the euro zone and the EU?

http://www.epc.eu/documents/uploads/public_2851_armageddon_-_for_greece_the_euro_zone_and_the_eu.pdf

Syrien: Handlungsoptionen für die europäische Politik

Die europäischen Regierungen und die USA sondieren weiterhin die möglichen Handlungsoptionen in Syrien. Einstweilen erscheint ein militärisches Eingreifen als zu riskant. Das Thema spielt bei den Brüsseler Think Tanks derzeit eine eher untergeordnete Rolle. Auch gibt es wenig Konsens über die Reaktion der EU.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KAS EUROPABÜRO BRÜSSEL

MATTHIAS BUNK

KATHARINA BOLLIG

MARTIN AGETHEN

September 2012

So kritisiert Sami Moubayed vom Carnegie Endowment for International Peace in einem Beitrag für das Brüsseler Büro das Handeln der europäischen Regierungen in Syrien als „schwach, unentschlossen und ineffizient.“ Die EU habe zu lange an eine politische Lösung des Konflikts geglaubt und mit ihrer halbherzigen Politik – Sanktionen und Abberufung der europäischen Botschafter – die syrische Opposition im Stich gelassen. Wenn jetzt nicht schnell und entschlossen gehandelt werde, drohe die EU sich bei der Gestaltung der Nachkriegsordnung in einer Randrolle wiederzufinden.

Steven Blockmans vom Centre for European Policy Studies (CEPS) glaubt dagegen: Europa hat bereits viel getan, indem es durch immer härtere Sanktionen den Druck auf das syrische Regime erhöht hat. Leider seien diese Bemühungen von Russland konterkariert worden, das seinen syrischen Verbündeten derzeit noch mit Waffenlieferungen und Wirtschaftshilfe über Wasser halte. Über kurz oder lang sei das Assad-Regime aufgrund seiner wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten jedoch zum Zusammenbruch verurteilt. Blockmans hält es für wahrscheinlich, dass Chaos und Gewalt nach dem Ende Assads weiter anhalten, was letztlich terroristischen Organisationen wie Hisbollah und Al-Qaida in die Hände spielen würde. Um dies zu verhindern, sollte die Europäische Union sich schon heute aktiv auf die Post-Assad-Ära vorbereiten. Dabei müsse sie über die traditionellen Instrumente der Europäischen Nachbarschaftspolitik hinausgehen. Zu den konkreten Schritten, die Blockmans vorschlägt, gehören eine Art syrischer Marshall-Plan sowie der Aufbau einer regionalen Sicherheitszone im Mittleren Osten. Hier sei die Europäische Union ein glaubwürdigerer Akteur als die USA, Russland oder

China, da sie bereits maßgeblich in die Verhandlungen mit Syriens Nachbar und Verbündetem Iran involviert sei und über enge Beziehungen zur Türkei verfüge.

Auch das Institute for Security Studies (ISS) hat eine Analyse der europäischen Diplomatie in Syrien veröffentlicht – allerdings bereits im Januar 2012. Nichtsdestotrotz erscheint der Beitrag Richards Gowan im Rückblick als äußerst weitsichtig: Die Position der EU, auf einen Mix aus Verhandlungen und Sanktionen zu setzen, sei durchaus sinnvoll. Allerdings gäbe es keine Garantie dafür, dass diese Politik am Ende auch Früchte trage. Ohne Aussicht auf eine tragfähige politische Lösung des Konflikts könnten sich die europäischen Staaten letztlich in einer Situation wiederfinden, in der die militärische Option als letzter Ausweg erscheine. Ist dieser Moment nun gekommen?

Carnegie Endowment for International Peace (10.08.2012): Redefining Europe's Role in Syria.

<http://carnegieendowment.org/2012/08/10/redefining-europe-s-role-in-syria/dbm9>

CEPS (02.08.2012): Preparing for a post-Assad Syria: What role for the European Union?

<http://www.ceps.be/book/preparing-post-assad-syria-what-role-european-union>

ISS (26.01.2012): The EU and Syria: everything but force?

<http://www.iss.europa.eu/publications/detail/article/the-eu-and-syria-everything-but-force/>